



HESSISCHER LANDTAG

21. 05. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

**Dringlicher Entschließungsantrag
der Abg. Dr. Spies, Merz, Decker,
Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion
betreffend Hessen muss erst Familienland werden**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Familien in ihrer ganzen Vielfalt gehören zu den tragenden Säulen unseres Gemeinwesens. In Familien übernehmen Eltern - zunehmend unabhängig von der traditionellen Form der Vater-Mutter-Kinder-Ehe, sondern auch in nicht ehelichen, in gleichgeschlechtlichen oder in Patchwork-Lebensgemeinschaften oder als alleinerziehende Mütter und Väter - Verantwortung für Kinder oder Kinder für ihre Eltern. Der Landtag erkennt deshalb die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Lebensformen an, in denen Menschen in diesem Sinne Verantwortung füreinander übernehmen, und spricht sich für deren Gleichstellung in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht aus.
2. Die Vielfalt der Funktionen und Aufgaben von Familie erfordert eine verlässliche und wirksame Unterstützung durch alle politischen Ebenen. Viele Familien sind aus ökonomischen und sozialen Gründen überfordert bzw. am Rande der Funktionsfähigkeit. Deshalb steigt der Finanzierungsbedarf im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe seit Jahren dramatisch an. Der Landtag bedauert daher, dass von den insgesamt 2,5 Mrd. €, die in Hessen für Familienleistungen und Angebote für Familien ausgegeben werden, nach wie vor der weitaus größte Teil von den Kommunen getragen wird und das Land lediglich einen marginalen finanziellen Beitrag zur Unterstützung von Familien leistet.
3. Der Landtag hält es deshalb insbesondere für inakzeptabel, dass das Land trotz dieser dramatisch ansteigenden finanziellen Belastung durch die Ausgaben für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (2001: 1,8 Mrd. €, 2011: 2,64 Mrd. €) den Kommunen dringend benötigte Mittel im Kommunalen Finanzausgleich im Umfang von 340 Mio. € pro Jahr entzogen hat.
4. Der Vereinbarkeit von Beruf und Familie kommt aus familien-, frauen- und gleichstellungs- sowie aus wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gründen immer höhere Bedeutung zu. Daher bedauert der Landtag, dass der Ausbau eines bedarfsdeckenden, verlässlichen und qualitätsvollen Angebots der vorschulischen Betreuung, Erziehung und Bildung sowie eines Betreuungsangebots für Schulkinder, insbesondere eines entsprechenden Ganztagschulangebots, nach wie vor nicht in dem gebotenen Tempo vorankommt. Vielmehr hat sich das Land erst sehr spät und unzureichend an der Finanzierung des Ausbaus des U3-Angebots beteiligt. Mit der Einstellung der Förderung der Hortbetreuung durch das Land sind quantitative und qualitative Einbußen bei der Betreuung von Schulkindern zu befürchten.
5. Der Landtag ist der Auffassung, dass insbesondere der Anteil des Landes bei der Finanzierung der kontinuierlich steigenden laufenden Kosten der frühkindlichen Bildung beklagenswert gering ist und auch in Zukunft gering bleiben wird. Daran wird der im Entwurf des Kinderförderungsgesetzes vorgesehene neue Finanzierungsmodus (Finanzierung nach besetztem Platz) nichts ändern. Nach Berechnung der

kommunalen Spitzenverbände beträgt der Anteil der originären Landesmittel an den Gesamtkosten (2011: ca. 1,5 Mrd. €) gerade einmal 38,5 Mio. €.

6. Umso schärfer missbilligt der Landtag die Unterstützung der Landesregierung für das Betreuungsgeld. Durch das Betreuungsgeld werden dringend benötigte Mittel für den Ausbau und die Qualitätssteigerung der frühkindlichen Bildung in Einrichtungen und in Tagespflege für eine ideologisch motivierte, sachlich nicht zu rechtfertigende, finanzpolitisch verantwortungslose und sozialpolitisch kontraproduktive Leistung verschwendet.
7. Damit Familie gelingen kann, muss sie von Anfang an unterstützt werden. Der Landtag hält hierfür ein flächendeckendes Angebot an aufsuchenden Hilfen durch Familienhebammen für erforderlich. Darüber hinaus ist der umfassende Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren erforderlich, was bislang nur völlig unzureichend erfolgt.
8. Der Landtag kritisiert scharf, dass sich das Land mit der "Operation Düstere Zukunft" weitestgehend aus der Finanzierung des Systems von Beratung und Hilfe für Familien - Mütterzentren, Erziehungsberatungsstellen, Frauenhäuser und Projekte gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder, Projekte zur Betreuung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien, Familienbildungsstätten, Projekte der Familienplanungs- und Schwangerschaftskonfliktberatung, Projekte in sozialen Brennpunkten und im Rahmen des Programms "Soziale Stadt" - zurückgezogen und Kommunen und freie Träger bei der Erfüllung dieser Aufgaben weitgehend allein gelassen hat. Es erfolgt lediglich noch marginale Unterstützung durch die Förderung von Modellprojekten.
9. Der Landtag stellt fest, dass es bisher keine Initiative seitens der Landesregierung gibt, die die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen unterstützt. Hier sind lediglich Symbolhandlungen wie die Verleihung von Pflegemedailles oder Sonntagsreden zu verzeichnen. Pflegende Angehörige brauchen aber ein Recht auf freie Arbeitszeiteinteilung, sie brauchen Kündigungsschutz und eine Anrechnung von Pflegezeiten auf die Rente. Darüber hinaus brauchen sie mehr Angebote in der Kurzzeit- und Tagespflege.
10. Der Landtag bedauert, dass der Landesaktionsplan gegen sexuellen Missbrauch keine konkreten Maßnahmen und Zeitvorgaben enthält und seine Umsetzung nicht mit der nötigen Energie vorangetrieben wird.
11. Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehört auch, die Arbeitswelt familienfreundlicher zu machen. Der Landtag fordert daher, dass der Sonntag in der Regel wieder arbeitsfrei ist und Arbeit an diesem Tag auf die notwendigen kulturellen und sicherheitsrelevanten Bereiche beschränkt wird.
12. Der Landtag kritisiert, dass die Hessische Landesregierung der sich zuspitzenden Lage auf dem Wohnungsmarkt gerade im Ballungsraum Rhein-Main tatenlos zugesehen hat und damit gerade für Familien mit mittlerem oder niedrigem Einkommen die Wohnungssuche erheblich erschwert hat.
13. Der Landtag erklärt, dass die sogenannte "Familienkarte" eine Rabattkarte geblieben ist. Sie ist eine teure PR-Aktion ohne nennenswerten Mehrwert für die Familien.

Wiesbaden, 21. Mai 2013

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Dr. Spies
Merz
Decker
Müller (Schwalmstadt)
Roth